

Antrag

**der Abgeordneten Nils Hansen, Clarissa Herbst, Julia Barth-Dworzynski,
Matthias Czech, Astrid Hennies, Vanessa Mohnke, Anja Quast,
Philine Sturzenbecher, Juliane Timmermann (SPD) und Fraktion**

und

**der Abgeordneten Ivy May Müller, Maryam Blumenthal, Miriam Block,
Mareike Engels, René Gögge, Dr. Adrian Hector, Sina Aylin Koriath, Farid Müller,
Lena Zagst, Peter Zamory (GRÜNE) und Fraktion**

Betr.: Kostenlose Menstruationsprodukte an Schulen

Das Thema Menstruation ist mit vielfältigen Tabus belegt und der Zugang zu Tampons, Binden oder anderen Menstruationsartikeln stellt oft eine Herausforderung dar. Weltweit gibt es daher Initiativen und bereits beschlossene Gesetze, wie zum Beispiel in Schottland und Neuseeland, mit dem Ziel, sogenannte Periodenarmut zu beenden und den Zugang zu Menstruationsprodukten an öffentlich zugänglichen Orten wie Bildungseinrichtungen kostenlos zu ermöglichen.

Einer repräsentativen Umfrage von Plan International Deutschland in Zusammenarbeit mit WASH United im Herbst 2021 zufolge gibt es auch in Deutschland das Problem der Periodenarmut. Demnach äußerten 23 Prozent der befragten Mädchen und Frauen, dass die monatlichen Ausgaben für die Periode eine Belastung seien, 15 Prozent versuchten möglichst wenig Menstruationsprodukte zu verbrauchen. Bei 12 Prozent der Befragten wurde ein finanziell bedingtes, hinauszögerndes Wechseln von Tampons, Binden oder Slipseinlagen festgestellt, was das Risiko von Infektionen erhöht. In der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen sagten 70 Prozent, dass sie sich besser mit Menstruationsartikeln versorgen könnten, wenn diese günstiger wären. Zudem wurde eine erhebliche tabu- und schambehafte Einstellung mit Periodenphänomenen festgestellt. 79 Prozent der weiblichen und 60 Prozent der männlichen Befragten wünschen sich daher mehr und bessere Informationen zum Thema Periode durch die Schulen. Ganze 80 Prozent der Befragten wünschen sich kostenlose Menstruationsartikel in öffentlichen Gebäuden und ebenso viele eine Befassung durch die Politik.

Diese Umfrage steht exemplarisch für ein bisher nicht sehr im Fokus stehendes Thema, mit dem junge menstruierende Menschen allein im Schulalltag sein können. Als konkrete Unterstützung sollen deswegen Menstruationsprodukte kostenlos und niedrigschwellig an allen weiterführenden und berufsbildenden Schulen bereitgestellt werden. Dadurch werden Schüler:innen finanziell entlastet und schamvoll oder problematisch erlebte Situationen, ausgelöst dadurch, dass kein Menstruationsprodukt verfügbar ist, können vermieden werden. Gleichzeitig können durch geeignete Maßnahmen der kostenlosen und niedrigschwelligen Abgabe Fehlzeiten und frühzeitig abgebrochene Schultage aufgrund fehlender Menstruationsartikel verringert werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. ein Pilotprojekt für bis zu 20 Schulen zu entwickeln, bei dem getestet werden soll, in welcher Form Tampons und Binden an weiterführenden und berufsbildenden Schulen kostenlos zugänglich gemacht werden können.
2. im Rahmen des Pilotprojekts einfach zu bedienende Automaten an den Schulen an geeigneten Standorten für menstruierende Schüler:innen zugänglich aufzustellen und für die regelmäßige Befüllung der Automaten zu sorgen.
3. im Rahmen des Pilotprojekts mit den Schulen zu besprechen, wie diese durch passende Informationsangebote zur Menstruation und mit Menstruation zusammenhängende Erkrankungen wie Endometriose die Aufstellung der Automaten begleiten können.
4. bei der Auswahl der Schulen einen Querschnitt der hamburgischen Stadtteile zu erfassen, um ein möglichst umfassendes Ergebnisbild zu erhalten.
5. die bisherigen Projekte vieler Schüler:innenvertretungen zur Menstruationshygiene zu sichten und durch eine Befragung Beispiele guter Praxis herauszuarbeiten.
6. die Schulgemeinschaft (Elternvertreter:innen und Schülervertreter:innen) an den ausgewählten Schulen für eine breite Akzeptanz und den Erfolg des Projektes einzubeziehen.
7. zu prüfen, welche Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen der Abgabe von kostenlosen Menstruationsprodukten erreicht werden können.
8. das Pilotprojekt zum kommenden Schuljahr zu starten und der Bürgerschaft über die Umsetzung sowie über Beispiele guter Praxis der Schüler:innenvertretungen bis 31.07.2024 zu berichten.